



# JUNG+LIBERAL

Das  
**MITGLIEDER-  
MAGAZIN**  
der Jungen  
Liberalen



# ADLER AUF DER WELTBÜHNE





**SAMUEL KESSLER (23)**  
ist Chefredakteur der jung+liberal. Gebürtig kommt er vom Bodensee, mittlerweile lebt er aber als Student in München. Als junger Gründer interessiert er sich nicht nur, für die wirtschaftlichen und unternehmerischen Fragen unserer Zeit, sondern glaubt auch, dass dieses Land zu viel Potenzial verschläft. Du erreichst ihn unter [samuel.kessler@julis.de](mailto:samuel.kessler@julis.de)

# Liebe Julis,

Es sind unglaublich spannende Zeiten: Gerade für die unter euch, die sich besonders für internationale Politik interessieren, gibt es in diesen Zeiten viel Gesprächsstoff. Ein Auf und Ab im Präsidentenrennen in den USA, Migration als zentrales Thema oder auch internationale Kriege, mit denen wir uns als Liberale ernsthaft beschäftigen müssen. In all diesen weltpolitischen Fragestellungen spielt Deutschland, als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, natürlich eine – mal wichtigere, mal unwichtigere – Rolle. Das heißt also, dass wir uns nicht nur Gedanken machen müssen, wie wir weltpolitische Geschehnisse einordnen, sondern natürlich auch darüber sprechen müssen, welche Rolle Deutschland in diesem Kontext spielt und wie es um unseren Einfluss auf jene Geschehnisse steht.

Genau diesen Fragen wollen die Autoren in diesem Heft auf den Grund gehen: Hierfür beschäftigen wir uns also nicht nur um internationale Politik im Allgemeinen, sondern auch die Beziehung Deutschlands zu anderen Weltmächten, das Engagement Deutschlands in Entwicklungsländern oder auch mit der Einordnung deutscher Außenpolitik. Bei der Zusammenstellung dieser Ausgabe war ich, wie so oft, unheimlich erstaunt davon, welche verschiedenen Blickwinkel wir auf diverse Themen innerhalb unserer Gemeinschaft haben – diese Vielseitigkeit sollten und dürfen wir nie verlieren, denn sie ist ein Katalysator für neue Ideen!

Es ist der unfassbaren Entwicklung unseres Landes zu verdanken, dass wir eine solch bedeutende Rolle auf der weltpolitischen Bühne einnehmen. Ich habe das Gefühl, dass viele Bürger unseres Landes diese Tatsache als gegeben hinnehmen: „Deutschland war ja schon immer wichtig, das wird schon so bleiben...“

Als Liberaler bin ich mir nicht nur bewusst darüber, dass wir es unter anderem durch unvergleichbaren Erfindergeist und Innovation zu einer Weltgröße gebracht haben, sondern eben auch über den Fakt, dass wir dieses Standing kontinuierlich weiter unter Beweis stellen müssen – genau deshalb werde ich nicht müde zu sagen: „Dieses Land hat so viel geschafft und kann noch so viel mehr!“

**Euer Samuel**

P.S.: Als Leser dieses Magazins möchte ich euch auch – wie immer – nochmal ermutigen: Werdet Autoren! Jedes Quartal beschäftigen wir uns mit neuen Themen und egal, für was ihr euch interessiert – solange ihr Spaß am Schreiben habt, könnt ihr Teil einer Ausgabe werden. Tragt euch dafür ganz einfach über den QR-Code in den Autorenverteiler ein.

Hier in den Autorenverteiler eintragen



Seite 6

**CELINE EBERHARDT:**  
Ist die Welt Scholzianer?



Seite 8

**NATALIA HANNAH ROSENBAUM:**  
Olympia - ein gesellschaftlicher Spaltplatz?



Seite 10

**JULIUS T.:**  
Der Preis der Freiheit



Seite 12

**SKADE NIQUET:**  
USA-Präsidentenwahl 2024:  
Der letzte Kampf



Seite 14

**SVEN BENENTREU:**  
Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit: Fit werden für globale Herausforderungen



Seite 16

**VERENA MATEJKA:**  
Zwischen Schutz und Chance - Deutschlands Engagement in der Arktis



Seite 18

**BART URBAN:**  
Retten alte Bauten die Zukunft?



Seite 20

**LAURENZ FRENZEL:**  
Deutsch-französisches Verhältnis im 21. Jahrhundert



Seite 22

**LEON REIMUND:**  
The flaws of German Foreign Policy



Seite 24

**RALF STÜBER:**  
Deutschland und China - ein wechselvolles Verhältnis?



Seite 26

**MATS-OLE MARETZKE:**  
Internationale Arbeit der Julis: Unser Einsatz für Demokratie, Menschenrechte und Freihandel weltweit – die Strukturen dahinter

**WEITERES**

Seite 3

Editorial

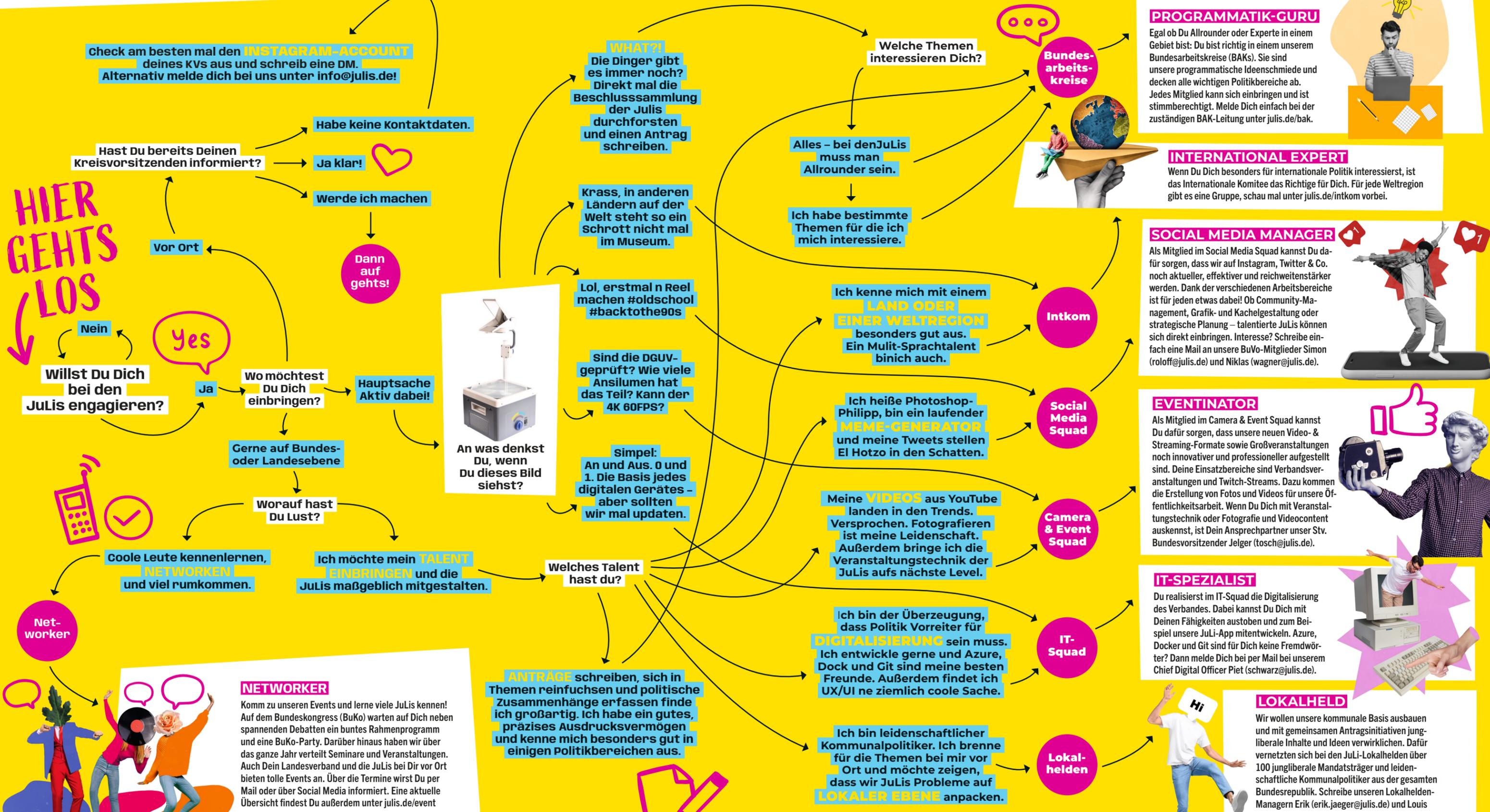
Seite 4

Mitgliederleitfaden

Seite 27

Impressum

# Dein Engagement bei den Jungen Liberalen



# Ist die Welt SCHOLZIANER?

Wie steht es um den Bundeskanzler?

ihn, 30 Prozent mögen ihn, 22 Prozent verfolgen, was er macht und 48 Prozent haben ihn in den Medien wahrgenommen. Damit muss sich Scholz in drei von vier Kategorien geschlagen geben.

In einer anderen Befragung unter Bürgerinnen und Bürgern, vor allem aus westlich geprägten Ländern, sind 73 Prozent unzufrieden mit Olaf Scholz. Im Vergleich mit den Spitzenpolitikern weltweit landet Scholz unter den ausgewählten 25 Spitzenpolitikern nur auf Platz 23. Damit landen nur Petr Fiala (Ministerpräsident der Tschechischen Republik) und der Premierminister von Japan, Fumio Kishida, hinter dem deutschen Kanzler. Auch Emmanuel Macron (Frankreich) landet dabei nur auf Platz 22. Auf den ersten Plätzen landen die Staatsoberhäupter von Indien, Mexiko und Argentinien.

Unter der russischen Bevölkerung heißt es: „Mit Angela Merkel als Kanzlerin wäre es nicht zu diesem Krieg gekommen. Die konnte wenigstens russisch und verstand etwas von Außenpolitik.“ Diese Aussage verdeutlicht nur noch mehr den Stellen von Olaf Scholz – sehr weit unten. Scholz' sprichwörtliches Zögern sei nur die Fortsetzung des Aussitzens von Angela Merkel. Es führt dann in der Bevölkerung immer wieder zu folgendem Ergebnis: Fehlende Transparenz, wenig Wahrnehmung und kaum Vertrauen in die Arbeit des Kanzlers. Laut der New York Times sind die Gründe für die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürgern der westlichen Bevölkerung vielfältig. Zum einen werden sie auf die vergangene, hohe Inflation zurückgeführt, welche nachhaltig für steigende Verbraucherpreise an den Kassen des Landes gesorgt hat. Sie Preise sind dabei kaum rückläufig.

Ein weiterer Grund sei das Thema Einwanderung, das in Deutschland regelmäßig heiß diskutiert wird. Die amerikanische Zeitung nennt auch die auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich und eine

lange Amtsdauer einer politischen Partei als Gründe für die Unzufriedenheit. Vor allem die deutsche Bevölkerung sieht Olaf Scholz als „Angsthase“ vor Russland und ihn nicht fähig genug, um die wirtschaftliche Lage in Deutschland wieder zum Aufschwung zu bringen.

Der Mann stand und steht unter Druck. Als Bundeskanzler leitet Olaf Scholz eine Regierung, die ähnliche Zufriedenheitswerte aufweist, wie er selbst und mit der die Deutschen bereits abgeschlossen haben. Die eigenen Genossen üben immer stärker Kritik oder verweigern gemeinsame Wahlkampfauftritte, wie zuletzt der SPD-Ministerpräsident Woidke. Wie geht Scholz damit um? Er tut, was er immer tut. Er lächelte Kritik hinweg, reihte verschachtelte Sätze aneinander, lobte sich und gab eine erneute Kanzlerkandidatur für 2025 bekannt. In seiner Ankündigung kam die aktuelle Situation in Deutschland zwar nicht zur Sprache, jedoch seine Vision der Zukunft, um welche sich die deutschen Bürgerinnen und Bürgern, wenn es nach Scholz geht, keine Sorgen machen müssen.



**TEXT: CELINE EBERHARDT (26)**  
studierte dual Arbeitsmarktmanagement bei der Bundesagentur für Arbeit und arbeitet seit 3 Jahren als Integrationsfachkraft im Jobcenter Leipzig. Sie ist seit mehreren Jahren aktiv bei den Jungen Liberalen Bremen und war zuletzt die Europaspitzenkandidatin der FDP Bremen

## ZUKUNFTSRECHT § 1

# WENN ICH MAL GROSS BIN, WERDE ICH, WAS ICH WILL

**Bildung muss für jedes Kind da sein. Darum hat die FDP-Fraktion im Bundestag den Weg fürs Startchancen-Programm freigemacht. Schulen in herausfordernder Lage werden gezielt mit mehr Personal und Ausstattung gestärkt.**



QR-Code scannen und mehr über bessere Startchancen erfahren.

Freie  
Demokraten

Fraktion im  
Bundestag **FDP**



# OLYMPIA

## – ein gesellschaftlicher Spaltplatz?

# D

Die Olympischen Spiele in Paris haben eindrucksvoll gezeigt, dass sie nicht nur ein Fest sportlicher Höchstleistungen, sondern auch ein Brennpunkt gesellschaftspolitischer Debatten sind. Nach der feierlichen Eröffnung am 26. Juli flackerten für knapp zwei Wochen sportliche Höchstleistungen und Weltrekorde über mehrere Milliarden Bildschirme weltweit. Nur alle vier Jahre stattfindend und verknüpft mit einer jahrhundertealten Tradition, die auf die berühmtesten alten Griechen zurückgeht, stellen die Olympischen Spiele für die meisten Athleten die ultimative Krönung ihrer sportlichen Karriere dar. Eine maßgebliche Besonderheit bei Olympia ist der Fokus auf mehr oder weniger brotlose Künste wie Bogenschießen, Diskuswerfen oder rhythmische Sportgymnastik, die dort eine für sie sonst unerreichbare, weltweite Aufmerksamkeit genießen. Wer sich in jungen Jahren in solch einer Sportart auf den steinigen Weg der Sportlerkarriere begibt, der kann nicht von Millionengehältern wie im Männerfußball träumen, sondern von den Olympischen Spielen. Für den Traum, eines Tages die Chance zu haben, in der eigenen Sportart zu den Besten der Besten zu gehören und sich für Olympia zu qualifizieren, bringen viele Athleten enorme Opfer. Dabei sein ist alles. Doch wer den öffentlichen Diskurs verfolgt hat, bemerkt schnell, dass das Interesse rund um diesen bedeutungsvollen Wettbewerb nicht allein den hart erkämpften sportlichen Höchstleistungen und dem Verschieben menschlicher Grenzen gilt, sondern auch gesellschaftlichen Kontroversen, die insbesondere in den sozialen Netzwerken entfacht werden. Inmitten dieser Debatten stellt sich die Frage: Was bleibt von Olympia 2024?

Zunächst sorgte die Eröffnungsfeier auf der aufwändig herausgeputzten Seine für Furore und veranlasste gar eine Entschuldigung der Organisatoren. Kinder, die zugeschaut haben, könnten sich gefragt haben, ob sie versehentlich auf der Fernbedienung gesessen und zu einer bizarren Folge von den Schlümpfen umgeschaltet haben. Doch der später viral gegangene nackte blaue Mann, der so manch einen erwachsenen Zuschauer mehr an Bilder vergangener Pride Parades statt olympischer Eröffnungsfeiern erinnerte, stellte tatsächlich einen griechischen Gott dar. Die Szenerie rund um die griechischen Götter weckte insbesondere bei christlichen Zuschauern allerdings den Verdacht, es könne das berühmte letzte Abendmahl von Da Vinci durch Drag Queens nachgestellt und verspottet werden. Eigentlich stehen die olympischen Spiele traditionell im Geist der religiösen und politischen Neutralität, so ist es auch in den offiziellen Statuten verankert, obgleich Intentionen die Spiele politisch zu instrumentalisieren zur Tradition der Spiele wohl längst dazugehören. In Paris lag ein gesellschaftspolitisches Statement seitens der Organisatoren bei der Eröffnungsfeier nahe. Infolgedessen gab es gar Stimmen, die zu einem Boykott der olympischen Spiele aufriefen – ein Schlag ins Gesicht all jener, die ihr Leben lang auf diesen einzigartigen Wettbewerb hingearbeitet haben. Statt sich aber auf den sportlichen Wettbewerb einzustimmen, dominierten tagelang die Kontroversen um die Eröffnungsfeier die Presse. Wie nachhaltig wird dies unsere Erinnerung an die Spiele von Paris prägen? Doch die Eröffnungsfeier war nicht die einzige Kontroverse, die die Spiele überschattete. Schon im Vorfeld sorgte die Frage, wie im Spitzensport die Rechte und Interessen von Transfrauen im Vergleich zu denen von Cis-Frauen abgewogen werden sollten, für Zündstoff. Paula Scanlan, die an der University of Pennsylvania im Schwimmteam eine Kollegin der Transathletin Lia Thomson war, berichtete 2023 vor dem US-Kongress von der für sie belastenden Erfahrung, sich 18 mal pro Woche in Gegenwart eines biologischen Mannes mit männlichen Genitalien umziehen zu müssen – im Schwimmen verbringt man jedes Mal sehr viel Zeit damit, sich nackt in einen speziellen, sehr engen Schwimmanzug zu quetschen: "I know of women with sexual trauma who are adversely impacted by having biological males in their locker room without their consent. I know this because I am one of these wo-

men. I was sexually assaulted on June 3rd of 2016." Die kontroverse Frage, wie Transfrauen in den Spitzensport integriert werden können, ohne Cis-Frauen vor den Kopf zu stoßen oder den Wettbewerb zu verzerrern, konnte auch in Paris nicht abschließend geklärt werden. Pünktlich zu den olympischen Spielen verschärfte aber viele Verbände ihre Teilnahmebedingungen für Transathleten. Die Reaktionen darauf fielen unterschiedlich aus. Die einen feierten dies als Meilenstein für die Fairness im Frauensport, die anderen verurteilten dies als transfeindlichen Rückschritt in Sachen Inklusion. Schwimmerin Lia Thomas versuchte, ihren Ausschluss von den olympischen Spielen gerichtlich anzufechten, verlor aber. Der Konflikt um Fairness und Inklusion im Spitzensport bleibt auch nach Paris 2024 ein gesellschaftliches Minenfeld. Eine andere kontroverse Entscheidung im Vorfeld der Olympischen Spiele warf die Frage auf, wie Geschlecht im Sport definiert und gemessen werden soll. Nachdem die algerische Boxerin Imane Khelif 2023 infolge eines Geschlechtertests von der WM ausgeschlossen worden war, durfte sie bei den olympischen Spielen in Paris wieder an den Start gehen – und entschied den Wettkampf für sich. Doch ihre Auftritte bei Olympia wurden von hitzigen Debatten um ihr Geschlecht begleitet. Imane Khelif reagierte: "I was born a woman, I lived a woman, I competed as a woman, there's no doubt about that." Viele Zuschauer, insbesondere in den sozialen Netzwerken, glaubten ihr nicht und es stand die Frage der Intersexualität im Raum. Bei Olympia gibt es zwei binäre Geschlechter, in der Biologie gilt diese klare Trennung als überholt. Wie kann und soll Frausein im Spitzensport gemessen werden? Und wie sollte im Spitzensport mit Intersexualität umgegangen werden? Insbesondere in Sportarten, in denen das Verletzungsrisiko so hoch ist wie im Boxen, wird gerne auf die Gefahren unterschiedlich hoher Testosteronlevel unter Gegnerinnen verwiesen. Welche Parameter qualifizieren, welche disqualifizieren als Frau? Eine weitere Frage mit gesellschaftspolitischer Sprengkraft wurde im Kontext von durch Athleten verübter Gewalt aufgeworfen: Welches Gut wollen wir als Gesellschaft höher bewerten, die körperliche Unversehrtheit eines Pferdes oder die eines 12-jährigen Mädchens? Nachdem im Vorfeld der Spiele ein Video der britischen Dressurreiterin Charlotte Dujardin öffentlich geworden war, in dem sie wiederholt

auf eines ihrer Pferde einschlug, wurde sie mit Wirkung ab dem 23. Juli 2024 vom internationalen Reitsportverband (FEI) vorläufig suspendiert und verlor somit ihre Berechtigung, an den olympischen Spielen in Paris teilzunehmen. Eine Frau, die ein Pferd schlägt, wird ausgeschlossen. Aber ein Mann, der ein Mädchen vergewaltigt, darf teilnehmen. Steven van de Velde, der 2016 in England der Vergewaltigung eines 12-jährigen Mädchens schuldig gesprochen wurde und nur 1 von 4 Jahren Haftstrafe absitzen musste, wurde als Sportler rehabilitiert. Mutmaßlich ein Paradebeispiel für Himpathy. Trotz seiner Verurteilung durfte Steven van de Velde seine Heimat, die Niederlande, als Volleyballspieler in Paris repräsentieren. Was sagt das über uns als Gesellschaft aus? Die Olympischen Spiele in Paris haben eindrucksvoll gezeigt, dass Olympia mehr ist als nur ein sportlicher Wettkampf – es ist ein Spiegel unserer Gesellschaft. In Zeiten zunehmender gesellschaftspolitischer Polarisierungen wurde auch in Paris die Frage aufgeworfen, auf welche gesellschaftlichen Werte wir uns heute noch einigen können. Ich persönlich glaube, einen solchen Wert ausgemacht zu machen. Als Armand Duplantis nach seinem Weltrekord im Stabhochsprung kaum die Matte berührt hatte, ehe er in die Arme seiner Freundin stürmte, rührte das die Herzen von Menschen weltweit. Liebe! Auf ihren Wert können wir uns noch immer einigen. Vielleicht auch um diesbezüglich ein bisschen nachzuhelfen, gab es in Paris 300.000 Gratis-Kondome für die Athleten.



**TEXT: NATALIA HANNAH ROSENBAUM (27)**

ist neu bei den Julis, hat zu Schulzeiten selbst mal Leistungssport gemacht und u.a. mit 16 eine Goldmedaille bei den Deutschen Jahrgangsmeisterschaften im Rudern gewonnen. Heute absolviert sie in Mannheim ihren VWL-Master. Ihr erreicht sie unter: [liberal.kreativ.natalia@gmail.com](mailto:liberal.kreativ.natalia@gmail.com) oder via LinkedIn.

# Der Preis der Freiheit

– Erlebnisbericht eines Staatsbürgers in Uniform

# A

Als Reserveoffizieranwärter der Gebirgsjägertruppe habe ich zwei Jahre in der Bundeswehr gedient. Aus den vielen eindrücklichen Erfahrungen dieser Zeit möchte ich von einem Schlüsselerlebnis meiner Dienstzeit berichten, um einen ehrlichen Einblick in mein Erleben in der Bundeswehr der Zeitenwende zu geben. Im folgenden Text schildere ich meine eigenen Wahrnehmungen und Sinneseindrücke. Die im Text gemachten Aussagen spiegeln eine Einzelmeinung und stehen in keiner Weise für die Bundeswehr als Institution oder für andere Soldaten. „Alarm – Waffen zusammensetzen, Marschbereitschaft herstellen, das Bataillon fährt auf, 30 Minuten bis Abfahrt“, brüllt der Hauptfeldwebel und stellvertretende Zugführer in den Zugflur. Dort stehe ich, zusammen mit 2 weiteren Offizieranwärtinnen, inmitten von 30 jungen Soldaten beim Waffen reinigen. Nachdem wir in den zwei vorhergehenden Tagen beim

Gebirgsleistungsmarsch unsere körperliche und alpinistische Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt, und erst am vorhergehenden Abend erschöpft wieder in die Kaserne gekommen waren, war uns für jenen Julitag ein ruhiger Dienst zur Nachbereitung von Waffen und Ausrüstung versprochen worden. Entsprechend entgeistert blickten wir alle den Hauptfeldwebel an. „Los jetzt“ kam die Antwort auf unsere fragenden Gesichter zurück und alle begannen hektisch zu arbeiten. Nachdem jeder in wenigen Sekunden seine Waffe wieder zusammengesetzt hatte, wurden auf den Stuben die Spinte aufgerissen, die Rucksäcke gepackt und alles zum Abmarsch vorbereitet. Perplex von der plötzlichen und drastischen Lageänderung ging ich vom Zugflur, auf dem wir untergebracht waren, durch unser Kompaniegebäude zum Zugführerbüro. Auch auf den anderen Fluren des Gebäudes herrschte reger Betrieb. Beim Zugführer angekommen hieß es auch dort nur knapp: „Die Brigade hat Alarm ausgelöst. Es geht los. Fertigmachen und dann ab auf die Fahrzeuge!“ Überall im Kompaniegebäude, einem massiven dreistöckigen Betonbau mit langen Fluren, wuselte es. 120 Soldaten, von jetzt auf gleich aus dem Dienstilltag gerissen und plötzlich in einem großen Durcheinander aufgewacht.

Auf den Fluren sah ich Lebens- und dienstzeitältere Kameraden, viele mit Erfahrung aus Auslandseinsätzen in Mali, Afghanistan oder auf dem Balkan, die meisten Familienväter, die ebenso hektisch waren und sorgenvoll dreinblickten wie die erst kurz gedienten Soldaten. Um aus einer Lagerhalle weitere Ausrüstung zu holen, verließ ich mein Kompaniegebäude und rannte quer durch die Kaserne in den Lagerbereich. Auf dem Weg dorthin, und auch dort das gleiche Bild wie in der Kompanie: ein ganzes Kampftruppenbataillon, knapp 1000 Mann in hektischer Betriebsamkeit. Zurück am Kompaniegebäude wurden die gepanzerten Transportfahrzeuge beladen, die schweren Maschinengewehre in die Waffenstationen eingerüstet, und jedes Fahrzeug bis auf den letzten Platz besetzt. Als die Gefechtsfahrzeuge voll besetzt waren und abfahren, standen immer noch 2/3 der Soldaten vor dem Kompaniegebäude. Also wurden die zivilen sogenannten 8-Sitzer, Kleintransporter für den Personaltransport im täglichen Übungs- und Ausbildungsdienst, vorgefahren, mit Personal und Material vollgestopft, und in die Kolonne eingereiht. Für das letzte Drittel hieß es: für euch kommt gleich ein Bus. Solange erstmal warten.

Um nicht naiv zu klingen, es war nicht das erste Mal, dass mich ein Vorgesetzter anbrüllte ich solle schnellstmöglich fertig werden und abmarschieren. Aber stets waren es erwartbare Situationen, die Abschlussübungen der Allgemeinen- und Spezialgrundausbildung etwa. Stets waren es überschaubare Zahlen an Soldaten, meist 30, maximal 50 Soldaten. Dass das ganze Bataillon von jetzt auf gleich in Bewegung gesetzt wurde, hatten ich, und auch zahlreiche länger gediente Kameraden noch nicht erlebt.

In der ersten Stunde nach dem Alarm rechnete ich jederzeit damit, dass ein Vorgesetzter befahl: Übungsende. Alles zurück. Auswertung folgt. Aber dieser Befehl kam nicht. Je länger der Alarm dauerte, desto mehr reifte bei vielen der Gedanke: Was, wenn das gerade keine Übung ist? Was wenn das real ist? (Heimlich wurden die einschlägigen Online-Nachrichtenportale durchforstet, ob es irgendeinen außenpolitischen Anlass für das Geschehen geben könnte.)

Auch der 24. Februar 2022, und die folgenden Tage, sind mir in ähnlicher Weise in Erinnerung geblieben. Die Unsicherheit, welche Auswirkungen die Zäsur des russischen Angriffes auf die Ukraine auf uns haben würde, ob der Konflikt (warum auch immer) in kürzester Zeit weiter eskalieren würde. Aber auch in den folgenden Monaten, Monate in denen meine Ausbilder immer wieder tagesaktuelle Beispiele zu den Ausbildungsthemen zeigen konnten, war der Krieg gedanklich weit weg. Man mag diese Distanz für die Folge von Leichtsinns und Naivität halten, was zweifelsohne eine zutreffende Kritik wäre, aber genau wie unsere Gesellschaft im Ganzen, brauchten wir Zeit die neue Weltlage zu begreifen.

An jenem Julimorgen wurde der Krieg für mich real. Von jetzt auf gleich in den Kampf zu ziehen, loszufahren - ohne zu wissen ob, und in welchem Zustand man wieder Heim kommen würde, die Gefahr für Leib und Leben, der man sich aussetzen werde. All das wurde für mich emotional greifbar und an jenem Tag erlebbar.

In den vielen vorangegangenen Monaten intensiver Ausbildung hatte man uns gegenüber keinesfalls versucht die Realitäten eines Krieges zu verschleiern. Ganz im Gegenteil wurden wir immer wieder für die Gefahren sensibilisiert. Ich erlebte welche zerstörerische Kraft Sprengladungen entfalten können, mit welcher Wucht Handgranaten wirken, wenn man sie um eine Ecke in den nächsten Raum wirft, wie schwer das Gewicht eines verwundeten

Kameraden beim Transport auf den Schultern lastet, wie es ist eine feindliche Stellung zu stürmen. Aber stets waren es nur Übungen gewesen.

Nach 6 Stunden, das Bataillon war bis zum letzten Mann abfahrtsbereit, kam der erhoffte Befehl: Übungsende. Gleichzeitig aber auch der Auftrag geschlossen anzutreten. In seiner Ansprache an seine Soldaten verdeutlichte der Bataillonskommandeur eines: das ist Zeitenwende. Die Bundeswehr ist in der Landes- und Bündnisverteidigung gefordert ad hoc leistungsfähige, durchsetzungsstarke und kampfkraftige Verbände zu stellen. Nicht wie in den vergangenen Jahren in Auslandseinsätzen mit Einsatzkontingenten und mehrjährigem Vorlauf, sondern aus dem Stand mit kurzer Vorwarnzeit. Daher sind solche Alarmübungen mittlerweile wieder Teil der Vorbereitungen auf einen Fall, der hoffentlich nie eintritt: der militärischen Verteidigung von NATO-Bündnisgebiet.

Knapp zwei Jahre sind seit diesem prägenden Erlebnis vergangen. Mittlerweile ist meine zweijährige Dienstzeit beendet, meine Ausbildung zum Reserveoffizier abgeschlossen, und ich habe, wieder Zivilist, ein Hochschulstudium aufgenommen. Seit dem beschriebenen Tag im Juli 2022 habe ich ein neues Bewusstsein für die Nähe von abstrakten Gefahren und meiner Lebensrealität entwickelt. Und ich habe für mich die emotionale Klarheit gewonnen zu sagen, ich bin bereit – bereit für die Freiheit zu kämpfen. Auch bevor ich diese explizite Klarheit hatte, hätte ich zweifelsohne als Soldat die mir erteilten Befehle in gewissenhafter Auftragserfüllung umgesetzt, aber ich hätte vermutlich im ersten Moment eine innere Hürde gehabt loszulassen vom Bisherigen. Da ich als beordeter Reservist weiterhin bereitstehe, um unser Land in militärischen Auseinandersetzungen bis zum Ende zu verteidigen, prägt dieses Bewusstsein weiterhin mein alltägliches Handeln.

Seit meinem Dienstzeitende im Sommer 2023 habe ich immer wieder im Kreis von Freunden, Verwandten und in unserer liberalen Familie von meinen Erlebnissen bei der Bundeswehr, und von meinem beschriebenen Schlüsselerlebnis berichtet. In den Gesprächen beschäftigt mich immer wieder die Frage, ob wir als Gesellschaft und jeder Einzelne von uns bereit ist für Freiheit und Demokratie zu kämpfen. Nicht auf Parteitagungen oder in politischen Diskussionen, sondern unter Gefährdung des eigenen Lebens mit einer Waffe in der

Hand. Es ist eine abstrakte und theoretische Frage, ohne Zweifel, aber stets erlebe ich auf meine Frage als Antwort betretenes Schweigen.

Uns Junge Liberale eint die Liebe zur Freiheit. Aber wie wir alle aus der Geschichte wissen müssen, hat Freiheit einen Preis. Sie musste immer wieder erkämpft oder verteidigt werden.

All die politischen Diskussionen über die finanzielle Ausstattung und Waffensysteme für die Bundeswehr sind am Ende hinfällig, wenn es keine Bürger gibt, die bereit sind sie zu bedienen und einzusetzen. Am Ende ist es eine Frage an jeden Einzelnen: bin ich persönlich bereit für meine liberale Überzeugung zu kämpfen, zu töten, zu sterben? Denn nichts Geringeres wird eines Tages möglicherweise von dir verlangt werden. Jeder Einzelne von uns sollte für sich die Frage klären, wie viel ihm die Freiheit wert ist. Unser Land braucht mutige Staatsbürger, die bereit sind es zu verteidigen. Hoffentlich wird Krieg für unser Land nie wieder zur schrecklichen Realität werden, aber um dies zu verhindern, müssen wir wehrhaft und damit kriegstüchtig werden. Uns Jungen Liberalen kommt dabei eine besondere Verantwortung zu, da wir um den Wert unserer freiheitlichen und offenen Gesellschaft wissen.

*Post Scriptum: anders als im Öffentlichen Diskurs häufig behauptet, ist die Wehrpflicht in Deutschland keinesfalls abgeschafft. Sie besteht für alle männlichen deutschen Staatsbürger ab dem 18. Lebensjahr fort. Ausgesetzt wurde 2011 lediglich die Verpflichtung zur Ableistung eines mehrmonatigen Grundwehrdienstes. Im Verteidigungs- oder Spannungsfall würden gemäß den Bestimmungen des Wehrpflichtgesetzes Männer zum Dienst in den Streitkräften bzw. zur Landes- und Bündnisverteidigung eingezogen werden.*



**TEXT: JULIUS T. (21)**  
studiert an einer bayrischen Universität Humanmedizin. Ihr erreicht ihn unter [freiheit-verteidigen@gmx.de](mailto:freiheit-verteidigen@gmx.de)

USA-PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL 2024

# DER LETZTE KAMPF

Kann **KAMALA HARRIS**  
die Trump-Doktrin beenden?

**D**ie US-Präsidentschaftswahl in diesem Jahr geht uns alle etwas an. Es steht weit mehr auf dem Spiel, als nur die Wahl des nächsten Präsidenten. Welche Richtung wird unser größter liberaler demokratischer Wertepartner außerhalb der Europäischen Union einschlagen? Diese Frage ist von enormer Bedeutung – nicht nur für die transatlantische Partnerschaft, sondern auch für die außen- und sicherheitspolitische Situation in Europa. Besonders in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen und eines globalen Machtwechsels könnte die Entscheidung in den USA direkte Auswirkungen auf die Stabilität in Europa und darüber hinaus haben. Wird eine Frau im Weißen Haus sitzen, die unsere gemeinsamen Werte, die NATO und die Menschenrechte verteidigt? Oder erhält ein durchgedrehter Populist die Chance, all das zu zerstören, was ihm bisher seine Wiederwahl hätte kosten können? Ich muss zugeben: Lange Zeit habe ich besorgt auf die Umfragewerte in den USA geschaut. Ein Duell zwischen Joe Biden und Donald Trump hätte wohl klar zugunsten von Trump ausgehen können. Beide sind alt, aber Biden noch älter. Und sein gesundheitlicher Zustand überschattete seine Inhalte. Das ist bedauerlich, denn Joe Biden

hat meiner Meinung nach bisher eine großartige Amtszeit hinter sich. Mit seiner Fähigkeit, die Nation durch die Herausforderungen der Pandemie zu führen, hat Biden die USA auf einen stabileren Kurs gebracht. Doch seine gesundheitlichen Probleme und die unglücklichen Momente, in denen er Schwäche zeigte, haben seine Präsidentschaft überschattet.

Doch als Biden von seiner Kandidatur zurücktrat und Kamala Harris als neue Kandidatin vorschlug, wendete sich das Blatt. Anfangs sah es allerdings nicht danach aus. Harris hatte in den letzten Jahren wenig Gelegenheit, ihr politisches Profil zu schärfen. Kein Wunder – als Vizepräsidentin war es ihre Aufgabe, im Schatten des Präsidenten zu stehen. Diese passive Rolle hat sie zwar von der öffentlichen Aufmerksamkeit abgeschirmt, sie aber auch daran gehindert, ihr volles Potenzial zu entfalten. Diesen Eindruck hatten nicht nur wir Beobachter aus dem Ausland, sondern – viel wichtiger – auch die Amerikaner.

Doch kaum stand sie im Rampenlicht, wurde die berufliche und politische Geschichte von Kamala Harris intensiv durchleuchtet. Dies war nicht nur aufschlussreich, sondern auch ein großer Vorteil für Harris, denn sie hat wirklich etwas vorzuweisen. So entstand das kraftvolle Bild der Staatsanwältin, die den Straftäter Donald Trump herausfordert. Es ist quasi nicht nur ein Wahlkampf, sondern eine Gerichtsverhandlung, in der die Zukunft Amerikas auf dem Spiel steht. Harris, die in ihrer Karriere oft als „Top Cop“ bezeichnet wurde, bringt eine beeindruckende Bilanz in Sachen Strafverfolgung und Gerechtigkeit mit, was sie zu einer herausragenden Kandidatin macht, um den rechtsschaffenen Kampf gegen Trumps antidemokratische Tendenzen fortzuführen.

Die Umfragen zeigten plötzlich deutlich bessere Ergebnisse für die Demokraten. Trump führte zwar noch immer in entscheidenden Battleground-States, aber Kamala Harris konnte mächtig aufholen. Insbesondere bei knappen Ergebnissen in Swing States ist der VP-Pick entscheidend. Deshalb wurde lange spekuliert, wen Harris als Running Mate wählen würde. Mein persönlicher Favorit war Pete Buttigieg – der schwule Verkehrsminister, jung, Afghanistan-Veteran, erfrischend ehrlich in seinen Antworten und ein Albtraum für Fox News. Buttigieg hätte eine interessante Wahl sein können, doch leider kommt er aus Indiana, einem tief republikanischen Staat, und hätte strategisch wenig Nutzen für die Harris-Kampagne gebracht.

Stattdessen fiel die Wahl auf Tim Walz, den Gouverneur von Minnesota. Walz steht für das "Small Town America", ist ein alter weißer Mann, der für die Landbevölkerung spricht, und kann auch bei Republikanern punkten, ohne seine progressiven Werte zu verlieren. Er gilt als Möglichmacher mit einem großen Herzen: Zum Beispiel unterschrieb er 2023 ein Gesetz, das die Bereitstellung kostenloser Schulmahlzeiten in Minnesota sicherstellt, was größtenteils entlang der Parteigrenzen abgestimmt wurde. Walz kann in seinen Reden lautstark und argumentativ sehr überzeugend sein – eine Eigenschaft, die bei seinem Gegner J.D. Vance deutlich schwächer ausgeprägt ist. Als Lehrer mit "Dad Vibes" ist Walz auch persönlich ein sympathischer Typ und wird es den moderaten Republikanern noch schwerer machen, den MAGA-Kandidaten Trump zu unterstützen. Sogar einige republikanische Politiker versammeln sich unter dem Banner "Republicans for Harris" hinter Kamala Harris. Harris' Entscheidung für Walz als ihren Vizepräsidentschaftskandidaten hat ihre Kampagne belebt und der demokratischen Basis neue Hoffnung gegeben. Walz, der für seine pragmatische Politik und seine Fähigkeit, parteiübergreifend zu arbeiten, bekannt ist, könnte eine Schlüsselrolle dabei spielen, die entscheidenden Wählergruppen in den Swing States zu überzeugen. Die Tatsache, dass er aus dem Mittleren Westen kommt, einer Region, die oft als ausschlaggebend für den Wahlausgang gilt, verleiht der Kampagne zusätzliches Gewicht. In einer Zeit, in der viele Amerikaner von extremistischen Tendenzen innerhalb der GOP abwenden, bietet Walz eine moderate Alternative, die für viele Wähler attraktiv ist.

Stand jetzt kann ich sagen: Ich bin sehr optimistisch und habe endlich wieder Hoffnung in die politische Zukunft der USA. Ich gehe fest davon aus, dass Kamala Harris die 47. Präsidentin der Vereinigten Staaten wird und für Frauen- und LGBTQ-Rechte, die Stärkung des Mittelstands und gegen Waffengewalt kämpfen wird. Laut Umfragen kommt sie bei jungen Wählern, Frauen und der schwarzen Community gut an. Auch das Momentum auf Social Media spricht für sich. Das klingt vielversprechend! Harris versteht es, die digitale Generation anzusprechen und nutzt Plattformen wie TikTok und Instagram, um ihre Botschaften zu verbreiten und junge Wähler zu mobilisieren. Diese strategische Nutzung von sozialen Medien könnte sich

als entscheidend erweisen, um die junge Wählerschaft an die Urnen zu bringen und den Unterschied in einem engen Rennen auszumachen.

Stand heute (9. August 2024) führen die Demokraten endlich wieder im Popular Vote. Im Durchschnitt aller Umfragen würden sich 45,3 % der Wähler für Harris entscheiden, 44,5 % für Trump, und der Rest verteilt sich auf unabhängige Kandidaten wie Robert F. Kennedy Jr. und Cornel West oder die Grüne Jill Stein. Diese knappen Zahlen zeigen, wie gespalten die Nation weiterhin ist und wie wichtig jede Stimme bei dieser Wahl sein wird. Die nächsten Monate werden entscheidend sein, insbesondere angesichts der bevorstehenden Fernsehdebatten, bei denen Harris die Gelegenheit haben wird, sich vor einem nationalen Publikum zu profilieren und unentschlossene Wähler zu überzeugen. Harris und Walz setzen nun auf Pennsylvania, Michigan und Wisconsin, um die "Blue Wall" zu stärken. Besonders Pennsylvania scheint noch stärker umkämpft zu sein, wird aber umso entscheidender. Gute Chancen sehe ich für Harris auch in Georgia. Die kommenden Monate werden spannend – und wir können nur hoffen, dass die USA die richtige Entscheidung treffen. Sollte Harris es schaffen, die Unterstützung in diesen Schlüsselstaaten zu sichern, könnte dies das Zünglein an der Waage sein, das den Wahlausgang bestimmt. Der Weg zur Präsidentschaft ist jedoch alles andere als einfach, und die Demokraten müssen hart arbeiten, um ihre Koalition zu mobilisieren und die Wähler an die Urnen zu bringen.

**Gott schütze die Vereinigten Staaten von Amerika.**



**TEXT: SKADE NIQUET (20)**

ist als Stadtverordneter in Husum und im Landesvorstand der JuLis Schleswig-Holstein aktiv. Neben seinem politischen Engagement widmet er sich einem Studium der Wirtschaftspsychologie und der Selbstständigkeit. Ihr erreicht ihn unter: [skade.niquet@fdp-nf.de](mailto:skade.niquet@fdp-nf.de).

## ZUKUNFT DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT:

# Fit werden für **globale Herausforderungen**

„Sprechen wir mit China, bekommen wir einen Flughafen; sprechen wir mit Deutschland, bekommen wir einen Vortrag“ – mit diesem Satz brachte die Chefin der Welthandelsorganisation, die nigerianisch-amerikanische Ökonomin Ngozi Okonjo-Iweala, das Problem der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf den Punkt: Gute Absichten reichen nicht aus, um Partner im Globalen Süden zu gewinnen. Insbesondere nicht, wenn diese zwar den eigenen moralischen Ansprüchen genügen, aber nicht den Bedürfnissen vor Ort gerecht werden. Um Kooperation auf Augenhöhe zu ermöglichen, benötigt Deutschland neue Ansätze in der EZ

**W**ährend des Kalten Krieges war es sowohl für die Sowjetunion als auch für den Westen oberste Priorität, Drittstaaten an das eigene Lager zu binden. Beide Seiten waren gezwungen, ihre EZ so zu gestalten, dass ihr Angebot – vereinfacht gesagt – für die Zielländer attraktiver war als das der Gegenseite. Das Ende der Sowjetunion bedeutete jedoch auch für die internationale EZ eine Zäsur: Mehr als zwanzig Jahre flossen keine Entwicklungsgelder mehr aus Moskau. Westliche Geberländer nutzten ihre neuerliche Monopolstellung, um ihren Einfluss in den betroffenen Regionen zu verstärken und die Entwicklungspolitik stärker an marktwirtschaftlichen und demokratischen Prinzipien auszurichten. Doch die Zeiten haben sich geändert. Nicht nur, dass Moskau wieder verstärkt in Ländern des Globalen Südens aktiv wird – auch Staaten des Globalen Südens sind längst keine reinen Empfänger mehr. Sie sind aktive Akteure auf der Weltbühne und nehmen zunehmend Einfluss auf die Gestaltung der internationalen Ordnung. Auch der wachsende Einfluss Chinas hat die globale Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren maßgeblich verändert. Fast alle afrikanischen Staaten sind mittlerweile Teil der Belt and Road Initiative. China bietet ein



umfassendes Entwicklungspaket, das weit über den Bau neuer Straßen und Häfen hinausgeht. Dazu gehören auch kostengünstige digitale Infrastrukturen wie abgeschottete Internetsysteme sowie die Einrichtung von Kaderschulen für Regierungsparteien, um das Regieren nach chinesischem Vorbild einzuüben. Die Warnungen westlicher Staaten vor dem wachsenden Einfluss Chinas oder der vielzitierten Schuldenfalle werden in vielen afrikanischen Ländern als heuchlerisch empfunden, nicht zuletzt, da Konstruktionen wie der CFA-Franc nach wie vor die Währungen von 14 ehemaligen französischen Kolonien an den Euro binden und so flexible Anpassungen der Währungspolitik verhindern, die für die Bedürfnisse der lokalen Volkswirtschaften wichtig wären. Zudem fließen 50 % der Währungsreserven der CFA-Länder in die französische Zentralbank. Man muss verstehen: Die sich verändernde globale EZ-Landschaft bedeutet für viele Zielländer zunächst mehr Wettbewerb auf der Angebotsseite. Das zwingt insbesondere westliche Geber dazu, ihre Strategien und Prinzipien in der EZ zu überdenken und anzupassen.

Auch Deutschland braucht einen neuen und ganzheitlichen Ansatz. Denn Wirtschafts-, Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik lassen sich in Zeiten multipler globaler Herausforderungen nicht unabhängig voneinander denken. Ohne Partnerschaften mit dem Globalen Süden lassen sich Herausforderungen wie Klimawandel, Fachkräftemangel oder die Bekämpfung von Fluchtursachen, Armut und Hunger nicht bewältigen. Und auch wenn es widersprüchlich erscheint: Wer global Demokratie und Freiheit fördern möchte, muss manchmal seine moralischen Ansprüche zurückstellen, um überhaupt Zugang zu erhalten. Aber was muss Deutschland in der EZ konkret anders machen?

## 1. Umdenken – Entwicklungspolitik steht nicht im Widerspruch zu wirtschaftlichen Interessen

In Deutschland werden Entwicklungsziele oft als Widerspruch zu wirtschaftlichen Interessen wahrgenommen. Doch ist die Grundlage für Freiheit und Selbstständigkeit nicht zunächst die Sicherstellung wirtschaftlicher Unabhängigkeit? Die Erreichung der Globalen Entwicklungsziele – insbesondere die Bekämpfung von Armut, Hunger und globaler Ungleichheit – ist ohne wirtschaftliche Entwicklung schlicht nicht möglich. Moderne EZ muss daher auch die Privatwirt-

schaft einbeziehen. Unternehmen wie Bayer und BASF spielen eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung von widerstandsfähigem Saatgut, das in vielen Regionen der Welt die Grundlage für die Ernährungssicherheit bildet – insbesondere im Kontext klimatischer Veränderungen. Auch im Bereich der Fachkräfteausbildung und -migration wird die Bedeutung der Privatwirtschaft zunehmend deutlicher. International tätige Konzerne bilden bereits heute Fachkräfte im Globalen Süden aus, die weltweit einsetzbar sind. Auch wenn häufig der Vorwurf geäußert wird, dass diese Fachkräfte aus ihren Heimatländern abgeworben werden, in denen sie ebenfalls dringend benötigt werden, zeigen zahlreiche Studien, dass die Rücküberweisungen der Diaspora positive Effekte auf ihre Herkunftsländer haben. Die Privatwirtschaft muss daher auch Berücksichtigung in einer ganzheitlichen Strategie finden. Nur so kann Deutschland eigene wirtschaftliche Interessen, wie die Diversifizierung von Lieferketten, mit den developmentpolitischen Zielen in Einklang bringen. Insbesondere die finanzielle Absicherung von privatwirtschaftlichen Projekten in den Zielländern muss daher verbessert werden.

## 2. Sichtbarkeit – Gutes tun und darüber reden

Ein weiteres zentrales Problem der deutschen EZ ist ihre mangelnde Sichtbarkeit. Während in Städten wie Yerevan, der Hauptstadt Armeniens, der Slogan „Sponsored by China Aid“ auf vielen öffentlichen Bussen prangt, bleibt der Beitrag Deutschlands und Europas oft unsichtbar. Das schlägt sich auch in der öffentlichen Wahrnehmung dieser Länder wieder, wie Umfragen zeigen. Auch wenn Projekte wie die Unterstützung bei der Justizreform in Armenien von großer Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung des Landes sind, erreichen sie nicht die gleiche öffentliche Aufmerksamkeit wie ein neuer Flughafen oder moderne Infrastrukturprojekte. Damit Deutschland und Europa ihren Einfluss und die Wirkung ihrer EZ in den Partnerländern deutlich machen können, müssen sie ihre Projekte gezielt sichtbarer gestalten. Hier sind Staaten wie China oder die USA bisher deutlich besser aufgestellt.

## 3. Strukturelle Reform – Kompetenz-Wirrwarr beenden

Die deutsche EZ ist auf verschiedene Minis-

terien und Institutionen verteilt. Dies führt oft zu Überschneidungen, mangelnder Koordination und ineffizientem Ressourceneinsatz. In Deutschland besteht außerdem häufig ein Spannungsfeld zwischen wirtschafts- und developmentpolitischen Interessen, was die Wirksamkeit der deutschen EZ beeinträchtigt. Es braucht daher eine kohärente und abgestimmte Strategie, die alle relevanten politischen Ressorts integriert und auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet. Eine klare Koordination zwischen allen Akteuren ist erforderlich, um sicherzustellen, dass wirtschaftliche und developmentpolitische Ziele nicht gegeneinander arbeiten. Ein ganzheitlicher Ansatz würde nicht nur die Effizienz der EZ steigern, sondern auch die Glaubwürdigkeit Deutschlands als globaler Akteur stärken. Nur so kann Deutschland im Wettbewerb mit neuen Akteuren wie China, Indien, Brasilien oder Katar bestehen, die durch ihre pragmatischen Ansätze und sichtbaren Projekte in vielen Teilen der Welt bereits große Erfolge verbuchen. Angesichts der multiplen globalen Krisen und des zunehmenden Systemwettbewerbs ist es unerlässlich, dass Deutschland in der internationalen Kooperation umdenkt. Wirtschaftliche Interessen sollten nicht ignoriert, sondern als integraler Bestandteil der EZ betrachtet werden. Dabei muss Deutschland den Partnern im Globalen Süden auf Augenhöhe begegnen und einen pragmatischen sowie ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Nur so wird die deutsche EZ langfristig erfolgreich sein und zur Erreichung der Globalen Entwicklungsziele beitragen, ohne dabei deutsche Interessen zu vernachlässigen.



**TEXT: SVEN BENENTREU (31)** arbeitet im Bereich Politik & Kommunikation des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft und studiert begleitend Asien-/Afrikastudien (M.A.) an der Humboldt-Universität zu Berlin. Du erreichst ihn via [sven.benentreu@julius.de](mailto:sven.benentreu@julius.de) oder die Sozialen Medien (@svenbenentreu)

# ZWISCHEN SCHUTZ UND CHANCE

- Deutschlands Engagement in der Arktis



Die Arktis, ein Gebiet der Kontraste und Extreme, hat sich in den letzten Jahren zunehmend von einer entlegenen Region zu einem geopolitischen Hotspot entwickelt. Das Abschmelzen der Eiskappen ermöglicht einen immer besseren Zugang zu bislang unerreichbaren Ressourcen wie Öl, Erdgas und Seltene-Erden und lässt die Arktis zu einem Schauplatz globaler Interessen werden. Gleichzeitig spielen Klima- und Umweltschutz eine zentrale Rolle, zählt die Arktis doch zu den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Gebieten. Auch die Bundesrepublik bezieht in diesem bedeutsamen Teil der Welt Stellung. In den letzten Jahren hat Deutschland eine zunehmend aktive Rolle in der Arktis-Politik eingenommen und verfolgt eine klare Strategie, um seine Interessen in der Region zu vertreten. Obwohl zu Deutschland selbst keine arktischen Gebiete gehören, erkennt es die Bedeutung der Arktis für globale Umwelt- und Sicherheitsfragen und hat 2019 eine umfassende Arktisstrategie entwickelt. Diese zielt darauf ab, den Schutz der ark-

tischen Umwelt, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen aufeinander abzustimmen. Deutschland setzt sich deshalb in internationalen Gremien wie dem Arktischen Rat und der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) für eine nachhaltige Nutzung der arktischen Ressourcen und die Einhaltung internationaler Umweltstandards ein. Denn die Arktis ist vom globalen Klimawandel besonders betroffen, die Temperaturen steigen deutlich schneller als im weltweiten Durchschnitt. Diese rasanten Veränderungen haben weitreichende Folgen, die über die Grenzen der Arktis hinausgehen. Das Schmelzen der Eiskecke führt zum Anstieg des Meeresspiegels - eine Bedrohung für Küstenregionen und Inseln auf der ganzen Welt. Zudem setzen auftauende Permafrostböden CO<sub>2</sub> und Methan frei, die den Klimawandel weiter beschleunigen. Arktische Ökosysteme werden infolge der Wärme stark beeinträchtigt, was das Überleben vieler Arten, darunter Eisbären und an die Dauerkälte angepasste Tiere wie Gerfalten, gefährdet. Auch indigene Gemeinschaften, die von und mit der Natur leben und auf intakte Ökosysteme angewiesen sind, sehen ihre Lebensgrundlage bedroht. Deutschland hat bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Erhalt der einzigartigen Tier- und

Pflanzenwelt der Arktis eine Schlüsselrolle eingenommen. Seit mehr als 30 Jahren forschen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Alfred-Wegener-Instituts am Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung in der Arktis zu den Auswirkungen des Klimawandels und erstellen Modelle, um die zukünftige Entwicklung der Region besser zu verstehen. Dennoch steht Deutschland vor einem Dilemma, denn Klima- und Umweltschutz müssen mit den sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen in der Arktis in Einklang gebracht werden. Diese sind nicht unerheblich. Das arktische Eis birgt ein enormes Rohstoffpotenzial, das aufgrund des Klimawandels zunehmend erschlossen wird. Schätzungsweise etwa 13% der unentdeckten weltweiten Erdölreserven liegen dort, bei den Erdgasreserven betragen die Schätzungen ca. 30%. Daneben finden sich in der Region auch umfangreiche Lagerstätten an mineralischen Rohstoffen, etwa verschiedene Metalle, Edel- und Naturwerksteine sowie Seltene-Erden, die u.a. zur Herstellung von Smartphones und LEDs benötigt werden. Das Abschmelzen des Eises eröffnet zudem neue Schifffahrtsrouten, wie die Nordostpassage durch russisches Gewässer und die Nordwestpassage vor den USA und Kanada, die kürzere Verbindungen zwischen Asien, Europa und Nordamerika ermöglichen. Diese Routen haben das Potenzial, die globalen Handelsströme grundlegend zu verändern und somit traditionelle Wege wie den Suez- oder Panamakanal zu entlasten. Für Deutschland als stark exportorientierte Nation bietet die Arktis damit bedeutende wirtschaftliche Chancen. Deut-

sche Unternehmen könnten von den neuen Handelsrouten profitieren, während die Rohstoffvorkommen eine wertvolle Quelle für die Energieversorgung und industrielle Produktion darstellen. Um diese Interessen zu wahren, setzt Deutschland auf internationale Kooperationen, etwa anhand von Partnerschaften mit anderen arktischen und nicht-arktischen Staaten. Gleichzeitig bleibt der Balanceakt zwischen wirtschaftlicher Ausbeutung und Nachhaltigkeit bestehen. Das reichhaltige Rohstoffvorkommen birgt jedoch auch Nachteile. Zusammen mit der militärstrategisch günstigen Lage lässt es die Arktis zu einem geopolitischen Spannungsfeld werden, in dem verschiedene Mächte ihre Interessen verfolgen. Zu den zentralen Akteuren in der Region zählen neben den direkten Anrainerstaaten Russland, den USA und Kanada auch Staaten wie China, die trotz ihrer geographischen Entfernung große Ambitionen in der Arktis hegen. Russland beansprucht einen Großteil der arktischen Ressourcen und hat in den letzten Jahren seine militärische Präsenz in der Region, auch nach dem Angriff auf die Ukraine, massiv ausgebaut. Die USA hingegen sehen die Arktis sowohl als strategische Ressource als auch als potenziellen Konflikttherd und verstärken deshalb ähnlich ihre Aktivitäten. Um ebenfalls Zugang zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten zu erhalten, die sich in der Arktis eröffnen, strebt China nach Einfluss in der Region und agiert als selbsternannter „Fast-Arktis-Staat“ und selbsterklärte zukünftige „polare Großmacht“ in verschiedenen internationalen Foren wie dem Arktischen Rat. Diese Machtdynamiken führen

zu erheblichen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die voranschreitende Militarisierung erhöht die Gefahr von Territorialkonflikten und Spannungen zwischen den großen Mächten sowie Russland und der NATO, innerhalb derer sich Deutschland an der Sicherung der Nordflanke Europas beteiligt. Der Ukrainekrieg trug überdies zu weiteren Anspannungen in der Region bei. In Zukunft ist außerdem eine Zunahme von Konflikten um Schifffahrtswege, Fischereirechte und Rohstoffvorkommen sehr wahrscheinlich. In den kommenden Jahren wird Deutschlands Rolle in der Arktis voraussichtlich weiter an Bedeutung gewinnen. Die geopolitischen Spannungen und die zunehmende Erschließung der Region erfordern weiterhin eine klare, zukunftsorientierte Strategie, die sowohl nationale Interessen als auch globale Verantwortung berücksichtigt. Die Bundesrepublik könnte ihre diplomatischen Bemühungen intensivieren und mittels neuer multilateraler Foren und einer Stärkung des Arktischen Rats eine vertiefte internationale Zusammenarbeit in der Arktis fördern. Zudem muss auch weiterhin eine klare Balance zwischen wirtschaftlichen Interessen und

Umweltschutz gefunden werden, bei der die arktischen Ressourcen nachhaltig genutzt und die sensiblen Ökosysteme der Arktis geschützt werden. Für beides ist die wissenschaftliche Forschung und Entwicklung unerlässlich. Deutschland hat damit die Möglichkeit, einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung der arktischen Zukunft zu leisten – nutzen wir sie.



**TEXT: VERENA MATEJKA (33),** arbeitet als Referentin im Stiftungswesen und studiert nebenbei Wirtschaftspsychologie. Sie ist Mitglied der JuLis München und der FDP München-Nord. Der Blick über die deutschen Grenzen hinaus gefällt ihr besonders gut, deshalb engagiert sie sich in der Jungen DGAP als Co-Leiterin der AG Wirtschaft. Zudem ist sie Mitglied im Vorstand der DNGPS. Erreichen könnt ihr sie unter [matejkaverena@gmail.com](mailto:matejkaverena@gmail.com)

# Retten **ALTE** **BAUTEN** die Zukunft?

Die Geheimformel, die Entwicklungshilfe und Traditionen vereint, um den Planeten zu retten

# A

Alte Gebäude als Retter der Zukunft? Das ist in vielen Regionen nicht nur eine kühne Idee, sondern ein echtes Erfolgsprinzip. Nicht nur touristische Orte profitieren von schönen, intakten Stadtbildern, sondern alle Orte – sie ziehen an, sie prosperieren mehr, sie regen zu bürgerlichem Engagement und Unternehmergeist an. Was tut die deutsche Entwicklungshilfe im Ausland dafür? Und wie sieht es eigentlich bei uns selbst im Vergleich aus? Und warum ist es so wichtig, dass wir das Erbe nicht nur erhalten, sondern auch neu erlernen und weiterentwickeln? Die Antwort darauf ist ebenso spannend wie relevant, besonders für uns als junge Generationen, die dauerhaftere Lösungen schaffen müssen als die „Erdöl-Generationen“ des 20. Jahrhunderts.

## Qualitätsbauten sind Trumpf für jeden Ort

Wenn du an das Kulturerbe denkst, kommen dir vielleicht berühmte Monumente

oder Altstädte in den Sinn, wie Notre Dame de Paris, die Burgen am Rhein oder Venedig. Kulturerbe sind meist Bauwerke, denn sie sind die menschlichen Werke mit der längsten Haltbarkeit. Und klar, diese Orte sind beeindruckend und erzählen Geschichten, die Jahrtausende überdauern. Aber Kulturerbe ist nicht nur etwas für Geschichtsbücher – es ist auch ein Schlüssel zu unserer Zukunft. Es geht darum, das Beste aus der Vergangenheit zu bewahren und zu nutzen, um unsere Gegenwart und Zukunft zu gestalten. Gerade wo Klimawandel und Urbanisierung unsere Lebensräume massiv verändern, wird das Bewahren und Weiterentwickeln von Kulturerbe entscheidend. Das verschwenderische Abreißen von Qualitätsbauten und das endlose Betonvergießen können wir uns schlicht überhaupt nicht mehr leisten.

## Deutschland als starker Partner: Was tun wir eigentlich?

Deutschland ist nicht nur bekannt als Wirtschaftsnation und für Oktoberfest-Rummel, sondern auch für sein Engagement im Bereich Entwicklungshilfe. Was viele nicht wissen: Ein wesentlicher Teil dieser Hilfe konzentriert sich auf den Schutz des internationalen Kulturerbes. Das ist nicht nur altruistisch, sondern auch clever. Warum? Weil Kulturerbe ein Bindeglied zwischen den Kulturen ist. Wenn wir helfen, es zu bewahren, fördern wir gleichzeitig den Frieden, die

Verständigung, den Tourismus und die lokale Wirtschaft – was wiederum wirtschaftliche Chancen für alle Beteiligten schafft. Ein Beispiel: In Afghanistan hat Deutschland bei der Restaurierung der Altstadt von Herat geholfen, die durch den Krieg schwer beschädigt wurde. Ebenso gibt es Programme, um beim Wiederaufbau syrischer und ukrainischer Städte anzupacken. Dieses Engagement zeigt, dass wir global Verantwortung übernehmen. Aber es geht nicht nur darum, beschädigte Stätten zu reparieren – es geht auch darum, das Wissen und die Fähigkeiten der Menschen vor Ort zu stärken, damit sie ihr Erbe selbst bewahren und fortschreiben können. Nur so wird es nachhaltig. Das ist ein besonderer Fokus deutscher Entwicklungshilfe: der Wissenstransfer. Anstatt einfach nur Geld zu geben, setzen wir auf Bildung und Kapazitätsaufbau. Das bedeutet konkret: Wir bilden Menschen vor Ort aus, sodass sie die Fähigkeiten erlernen, die nötig sind, um etwa stabile Fundamente zu bauen, Hitze-abweisende Wände und Fenster zu errichten, oder Dächer dicht zu halten. Mit möglichst natürlichen Materialien, einfachen lokalen Techniken und Werkzeugen. Dadurch entstehen auch neue Arbeitsplätze und Perspektiven.

## Unser eigenes Erbe: Warum es uns alle betrifft

Doch während wir uns global engagieren, sollten wir nicht vergessen, auch vor unse-

rer eigenen Haustür zu kehren. Unser eigenes bauliches Erbe, von mittelalterlichen Städten bis hin zu Industriedenkmälern, ist ein wesentlicher Teil unserer Identität. Und es ist auch ein Schlüssel für eine nachhaltige Zukunft. Warum? Weil das Bewahren und Weiterentwickeln bestehender Strukturen oft die umweltfreundlichste und sozial verträglichste Lösung ist. Statt immer neue Betonklötze aus dem Boden zu stampfen, sollten wir uns darauf konzentrieren, das Vorhandene sinnvoll zu nutzen und weiterzuentwickeln. Das spart Ressourcen, schont die Umwelt und schafft wertvolle Orte. Und mal ehrlich: Was könnte cooler sein, als in einem alten, schön restaurierten Gebäude zu wohnen und zu arbeiten, das gleichzeitig modern und nachhaltig ist? Mittlerweile geht das sogar in ehemaligen Fabrikhallen, Schulen oder Wassertürmen.

## Lokal neu bauen: So sieht progressiv heute aus

Die Idee, das Kulturerbe zu bewahren, bedeutet nicht, dass wir uns auf das bloße Konservieren beschränken müssen. Ganz im Gegenteil: Die spannendste Herausforderung besteht darin, wie wir das Erbe kreativ weiterentwickeln können! Hier kommen lokale (oder vernakuläre) Neubauten ins Spiel. Diese Bauweise verbindet das Beste aus der Vergangenheit mit den Innovationen der Gegenwart, indem sie traditionelle Architektur und Bauweisen in der Gegenwart anwendet und moderne Annehmlichkeiten bietet. Das Ergebnis sind Gebäude, die nicht nur ästhetisch ansprechend sind, sondern auch in ihrer Nachhaltigkeit und Funktionalität überzeugen. Gebäude, die wie viele Altbauten Jahrhunderte überdauern können, statt wie haufenweise Neubauten der letzten Jahrzehnte nach kurzer Zeit abgerissen zu werden. Lokal kaufen, lokal bauen!

## Schätze aus Jahrtausenden heben für moderne Herausforderungen

Eine der größten Stärken traditioneller Architektur ist ihre Anpassungsfähigkeit an lokale klimatische und kulturelle Gegebenheiten. Vor dem Zeitalter der Klimaanlagen und moderner Technik wurden Gebäude so konstruiert, dass sie auf natürliche Weise kühl oder warm blieben, je nach Bedarf. Low-Tech im besten Sinne. Diese Techniken erleben heute eine Renaissance, da sie eine nachhaltige Alternative zu energieintensiven modernen Lösungen bieten. Neue traditionelle Neubauten greifen die

se bewährten Bauweisen auf und kombinieren sie mit modernster Technik, um energieeffiziente und umweltfreundliche Gebäude zu schaffen. Das ist nicht nur gut für den Planeten, sondern auch für uns, die in diesen Häusern leben. Aus gutem Grund gewann der aus Burkina Faso stammende Architekt Francis Kéré, der sein Büro in Berlin hat, 2022 den renommierten Pritzker-Preis für seine nachhaltigen Neubauten aus Lehm, Holz und anderen Naturmaterialien in Afrika.

## Die nachhaltigste Option: Bauen für die Zukunft

In einer Welt, in der Ressourcen immer umkämpfter werden, ist das Bauen mit Blick auf eine sparsame Zukunft wichtiger denn je. Neue traditionelle Neubauten setzen genau hier an, indem sie Materialien und Techniken nutzen, die nicht nur langlebig, sondern auch einfach und umweltfreundlich sind. Durch die Verwendung regionaler Baustoffe und handwerklicher Methoden werden nicht nur die Transportwege und der ökologische Fußabdruck minimiert, sondern auch lokale Wirtschaftskreisläufe gestärkt. Das Ergebnis sind Gebäude, die eine tiefe Verbundenheit mit ihrer Umgebung ausstrahlen und gleichzeitig den Weg in eine nachhaltige Zukunft weisen.

## Neue Baukultur: Ein Appell an unsere Generation

Für uns als junge Leute liegt die Verantwortung darin, das Erbe, das uns übergeben wurde, nicht nur zu bewahren, sondern es aktiv weiterzuentwickeln. Neue traditionelle Neubauten bieten die Chance, eine Baukultur zu fördern, die nicht nur die Vergangenheit respektiert, sondern auch die Herausforderungen der Zukunft annimmt. Indem wir auf diese Weise bauen, setzen wir ein Zeichen für Nachhaltigkeit, Kreativität und kulturelle Kontinuität. Es ist unsere Aufgabe, diese Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft zu schlagen – und dabei nicht nur Gebäude, sondern auch lebendige, „enkeltaugliche“ Gemeinschaften zu schaffen. Und unsere Erfahrungen lokal, europaweit, ja weltweit auszutauschen. Nur Mut, zu einer neuen Renaissance!



**TEXT: BART URBAN (34)**

ist einer der Betreiber des YouTube-Kanals und Podcasts „The Aesthetic City“. Der Kanal zeigt auf, was in Stadtentwicklung und Architektur heute schiefläuft – und wie wir es lebenswerter, schöner und nachhaltiger machen können. Bart vertritt zudem das Netzwerk INTBAU.org in Deutschland, das sich weltweit für die Fortführung lokaler Bautechniken einsetzt. Ihr erreicht ihn unter: [bart@theaestheticcity.com](mailto:bart@theaestheticcity.com)

# DEUTSCH-FRANZÖSISCHES VERHÄLTNISS IM 21. JAHRHUNDERT

„Frankreich ist Deutschlands engster und wichtigster Partner in Europa. Mit keinem anderen Land gibt es eine so regelmäßige und intensive Abstimmung auf allen politischen Ebenen und in allen Politikbereichen.“

So schreibt es das Auswärtige Amt auf der Website. Heute gelten Deutschland und Frankreich als progressive Motoren für den Europäische Einigungsprozess und positives Beispiel für die Völkerverständigung. Doch dass war nicht immer so, statt Freundschaft hieß es lange Deutsch-Französische Erbfeindschaft.

Das hatte gute Gründe. Zuerst fegte Napoleon Bonaparte über die mitteleuropäischen Fürstentümer, in welcher Konsequenz eine Nationalbewegung aus dem deutschen Flickenteppich entstand. Diese Nationalbewegung schürte antifranzösische Ressentiments und blickte gerade in der Rheinregion skeptisch zum westlichen Nachbarn hinüber. Aus Angst vorm Erstarken Preußens nach dem Deutsch-Deutschen Krieg 1866 wuchs auch in Frankreich der Hass auf den östlichen Nachbarn. Es gab war noch kein geeintes „Deutschland“, doch der Norddeutsche Bund unter Führung Preußens wurde immer mächtiger. Als Preußen infolge eines Erbchaftsstreit Frankreich provozierte, erklärte letzteres 1870 den Krieg. Nach mehreren verlustreichen Schlachten gewann Preußen die Überhand und verkündete zu Beginn des Jahres 1871 das Deutsche Kaiserreich, in dem man den preußischen König als Kaiser proklamierte. Als Ort des Geschehens wurde dabei bewusst der Spiegelsaal Versailles gewählt, Symbol des Französischen Absolutismus. Nicht zuletzt deshalb entwickelte sich ein großer Rachedanke innerhalb der französischen Bevölkerung.

Der Erste Weltkrieg verschlechterte die Situation nochmal erheblich. Gerade der als Diktatfrieden wahrgenommene Versailler Vertrag sollte nach französischer Meinung die Deutschen möglichst klein halten. Die Zwischenkriegsjahre wurden von Diplomaten und Außenpolitikern beider Länder genutzt, um die Beziehungen zwischen den Ländern zu verbessern.

Spätestens mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler und der spätere Angriffskrieg auf Frankreich machte dies zunichte. Dabei hinterließ die Geschwindigkeit, mit welcher der westliche Nachbar überrollt wurde, bei vielen Franzosen eine tiefe Schmach.

Das alles sind keine Voraussetzungen, um „engste und wichtigste Partner“ zu werden. Die heute sehr guten Beziehungen verdanken wir vor allem Konrad Adenauer. Er

begann, intensive Beziehungen zu seinem Amtskollegen Charles de Gaulle aufzubauen und die beiden Staaten wieder näher zu einander zu bringen. Ein großer, bis heute bestehender Erfolg, ist der Elysee-Vertrag von 1963. Dieser sieht regelmäßige Regierungs- aber auch Beamtenkonsultationen auf Ministeriumsebene vor, gleichzeitig wurde durch ihn das Deutsch-Französische Jugendwerk gegründet. Doch schon zuvor führten Initiativen beider Länder großem Erfolg: die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und später die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, aus welcher die Europäische Union hervorging. Gesten wie das „Hand-Halten“ von Kohl und Mitterrand 1984 in Verdun als gemeinsames Gedenken an den Ersten Weltkrieg zeigen, dass der Aussöhnungsprozess stetig vorangegangen ist. Heute zeigen die zahlreichen Arbeitspendler und, gerade bei uns jungen Menschen, Interrail-Touristen, dass die Erbfeindschaft überwunden ist.

Doch sind Frankreich und Deutschland noch immer Motoren der Europäischen Union? Gerade seit der Ära Merkel-Macron scheint Deutschland eher Verhinderer zu sein, während Frankreich mit Ideen und Angeboten vorprescht. Oft kam man bei außenpolitischen Themen nur sehr schwer auf einen gemeinsamen Nenner, wenn Paris die Hand Richtung Deutschland ausstreckte, antwortete Berlin oft mit Schweigen.

Laut Aussagen des jetzigen Bundeskanzlers kann das eingeschlafene Deutsch-Französische Verhältnis zumindest nicht an der Beziehung von Scholz zu Macron liegen. „Auch persönlich dicke“, antwortet Scholz auf eine Frage zum Verhältnis zu Macron. Das unterstrichen beide mit einem Foto auf Instagram, wo sie gemeinsam mit Ehefrauen privat in einem Pariser Lokal dinierten. Ganz anders sah dies allerdings aus, als beide gemeinsam in Hamburg Fischbrötchen im Rahmen eines Arbeitsbesuchs essen, Macron wirkte währenddessen fast peinlich berührt. Gerade jetzt wäre es wichtig, dass beide Länder gemeinsame Sache beim Thema Ukraine und Israel machen. Während Frankreich von einer gemeinsamen europäischen Rüstungsindustrie träumt, kauft Deutschland Kampf-Jets in den Vereinigten Staaten. Scholz rühmt sich als zweitgrößter Waffenlieferant für die Ukraine, Frankreich antwortet fast trotzig, dass die eigenen Waffen der Ukraine viel mehr helfen würden. Gleichzeitig ist in den Medien immer wieder zu lesen, dass beide Staatsmänner Probleme mit ihrer Kommunikation haben. Aus dritter Sicht scheint es so, dass das Verhältnis eingeschlafen

ist. Klar gibt es Lippenbekenntnisse, zum Beispiel von Macron: „Deutsch-französische Beziehungen sind zentral für Europa“ als er auf Staatsbesuch in Deutschland war. Die gemeinsame Vision aber scheint zu fehlen. Doch diese ist wichtiger denn je. Seit Jahren sprechen wir über ein unabhängigeres Europa, sowohl von den USA als auch von China. Jetzt sehen wir, dass im November erneut ein US-Präsident gewählt werden könnte, der sich von der EU abwenden möchte. Gleichzeitig scheint die Unterstützung der Ukraine zu bröckeln. Europa ist sich uneins, wie man mit dem Krieg im Gaza-Streifen umgehen sollte. In vielen EU-Ländern, in Deutschland wie in Frankreich ebenfalls, erlangen EU-skeptische Parteien immer mehr Einfluss.

Eine gemeinsame Vision zu finden, mit welcher Europa durch die beiden einstiegen Motoren wieder vorangebracht werden kann, liegt dabei seit Jahren auf der Hand: mehr Eigenständigkeit der EU.

Eine gemeinsame Außenpolitik, mehr gemeinsame Rüstungsbeschaffungen, mehr Verzahnung der Armeen wie es beim Eurokorps bereits geschehen, eine eigene Chipindustrie: die Liste ist lang.

Dabei ist klar, dass dies nicht von heute auf morgen passieren kann, weil viele EU-Staaten nicht mitziehen würden. Doch genau dort liegt die Chance, eine „Koalition der Willigen“ zu schmieden, in der Frankreich und Deutschland gemeinsam vorangehen und aufzeigen, dass die Europäische Unabhängigkeit möglich ist.

Ein Ausdruck dafür könnte ein Elysee-Vertrag 2.0 sein, indem beide Länder eine gemeinsame Vision für Europa festhalten. Dafür fehlt allerdings aktuell die Weitsicht und der Mut. Macron liegt also ganz richtig, wenn er sagt, dass „Europa sterben kann“. Doch dafür braucht es garnicht erst rechtsnationale Kräfte, einen US-Präsidenten oder Kriege in Europa. Es reicht, wenn der Motor der EU versagt. Und soweit darf es nicht kommen.



**TEXT: LAURENZ FRENZEL (18)**  
engagiert sich bei der JuliA in Sachsen und kandidierte als jüngster Mensch zur Landtagswahl in Sachsen. Seine Herzensthemen sind Bildung und Verkehr, ihr erreicht ihn unter [frenzellaurenz@icloud.com](mailto:frenzellaurenz@icloud.com)

# THE FLAWS of German Foreign Policy

In May 2010, the then-President of Germany, Horst Köhler, said in an interview that there are instances when it is necessary to defend one's interests with military force. He subsequently resigned in the face of sustained criticism. Fourteen years later, Germany is engaged in Operation ASPIDES, in which several European countries have deployed several warships to the Red Sea intending to safeguard maritime shipping from Houthi attacks. This time, there has been no public outcry. One might conclude that this is a consequence of Olaf Scholz's Zeitenwende, which sought to enhance Germany's engagement in foreign policy. Nevertheless, in the period since Scholz's Zeitenwende speech, Germany has not assumed a proactive role in matters of foreign affairs and security. This was evidenced by the debates surrounding the provision of military assistance to Ukraine. Whether it was the provision of IFVs, MBTs, cruise missiles, fighter aircraft, or, in the initial stages of the conflict, any type of weaponry, Germany avoided taking on the initiative. Instead, other countries, including the United Kingdom, Slovakia, and the Netherlands took the initiative in providing certain systems. It would be erroneous to assume that these countries are endowed with exceptional political systems that inherently facilitate effective foreign policy. Nevertheless, their governments have frequently demonstrated a greater capacity for effective foreign policy than their German counterparts.

## PROACTIVE AND STRATEGIC

The realization of one's interests is contingent upon the implementation of a proactive and strategic approach to foreign policy. However, Germany's approach often demonstrates a reactive stance and undermines strategy with political theater. A proactive country would maintain a sufficient fighting force, while a reactive country will avoid doing so until it has no choice,

and the costs are significantly higher. This was demonstrated when, shortly after the Russian invasion of Ukraine, Germany realized that it had outsourced its security to the United States to a point where the Bundeswehr would be unable to defend Europe's eastern flank or even itself. Just as a proactive country would provide aid to Ukraine because it is in its interest to keep Russian troops as far away from NATO territory as possible, a reactive country, as the West demonstrated in its handling of Russian aggression, provides aid in response to conditions created by other actors, as was seen with air defense systems which were sent only after Ukraine's Soviet legacy systems had been degraded. A country that prioritizes strategy over political stunts would avoid contradiction between strategic objectives and political rhetoric. This stands in contrast to the SPD and its campaign during the 2024 European election and the current approach of the CDU in light of upcoming elections in eastern states. Similarly unproductive is the utilization of political stunts, such as the vote on the delivery of the Taurus cruise missile. These actions do not yield tangible outcomes and serve only to provide actors with a means of virtue signaling, rather than advancing the interest of Germany. Out of many, two factors that play heavily to this bad state of affairs are, first, an impeding risk aversion, and second, the absence of a clearly defined national interest.

## AN INTEREST TO ACT UPON

The foremost issue in German foreign policy is the lack of a universally accepted definition of the national interest. To demonstrate this flawed state, it is useful to look at countries where the national interest is not subject to the ruling party. The UK is a remarkable example of such unity. This could be seen when Keir Starmer (Labour) succeeded Rishi Sunak (Conservative) as PM after the election, and the policy on Ukraine remained unchanged. Germany is far from such unity. The traditional people parties, CDU/CSU and SPD, are known for having

different approaches to foreign policy. There are even strong competing currents within each party. Take the CDU, where due to upcoming elections in the eastern federal states the voices of CDU politicians in the east are growing louder, reiterating their call for reduced military aid and a diplomatic initiative, even though foreign policy is not subject to these elections. Germany must adopt a sufficiently narrow understanding of the national interest to be as nonpartisan as possible. Without such unity, the current conflicting interpretations of national interest, one focused on security and a rules-based world order and the other on an opportunistic, sometimes anti-Western view, make it impossible to conduct an effective foreign policy for fear that other parties will attack one's decisions as detrimental to the nation. Yet, even the most neutral definition of national interest will not suffice if politicians and the public have a corruptingly high risk aversion.

## AN IMPEDING RISK AVERSION

The British statesman Lord Clarendon allegedly said:

**"A country that seeks great changes and lacks the willingness to run great risks dooms itself to futility."**

While this observation was originally made in reference to Napoleon III, it still applies today to many countries, including Germany. Often German society and its politicians believe that standing up for their interests carries an unacceptable risk of offending the other side. Thereby, they have impeded the implementation of a coherent foreign policy by articulating a desire for significant change while being unwilling to take the necessary actions to achieve that change. The other side observes this and concludes that German interests can be disregarded.



**TEXT: LEON REIMUND (23)**, ist seit 2023 Mitglied bei JuLis und der FDP und Beisitzer für Programmatik im KV Hannover sowie Ko-Leiter des LAK Außen- und Europapolitik in Niedersachsen. Im Wintersemester fängt er seinen Master in Wirtschaftswissenschaften an der LUH an

During the Syrian civil war, the German government frequently denounced the Syrian government's human rights violations. However, when a coalition of the US, the UK, and France launched airstrikes against multiple targets in Syria in 2018, in response to the Syrian Armed Forces' use of chemical weapons, German Chancellor Angela Merkel, while supportive of the strikes, ruled out any German involvement, citing the necessary parliamentary approval. The argument presented was not particularly forceful, given that her government coalition held a majority in parliament. It is more likely that her party and, to a greater extent, her coalition partner, the SPD, considered such a move too risky. There are numerous examples of this phenomenon; German society and its politicians are aware of their objectives, yet, since action entails inherent risks, politicians tend to refrain from taking decisive steps. The latest example of this misfeature is the handling of the Russian aggression in Ukraine. Not only is such a course of action detrimental to the national interest, but it also fosters a sense of detachment from foreign affairs among the population, due to the perception that the country is not prioritizing its interests. The high degree of risk aversion in Germany hampers the decision-making process – a moderate degree of risk aversion reduces risk, while an excessive degree inhibits one's interests.

## CONCLUSION

Once a country has clearly defined its national interest and is willing to assume the requisite risk for its implementation, proactivity will come naturally. The challenge of avoiding political theater in foreign policy will persist. However, once the national interest is established as a consensus across party lines, there will be an inherent risk of overt political profiling. Politicians will always have an incentive to pursue publicity, even if it entails a trade-off in strategy. Nevertheless, from an objective standpoint, the choice between political stunts and strategy is clear. This was observed by Henry Kissinger in 1994 in his book, Diplomacy:

**"... in the end, it is reality, not publicity, that determines whether a leader has made a difference."**

# Deutschland und CHINA

- ein wechselvolles Verhältnis?

**"Deutschland und China, eine komplizierte Beziehung. Deutschland wird immer abhängiger von einem Land, das es kaum versteht."**

So beschrieb die NZZ Ende Mai 2023 das deutsch-chinesische Verhältnis. Auch die knapp zwei Monate später verabschiedete

China-Strategie der Bundesregierung postuliert: „China hat sich verändert – dies und die politischen Entscheidungen Chinas machen eine Veränderung unseres Umgangs mit China erforderlich.“

Doch wie kann dieser neue Umgang effektiv gestaltet werden? So blieb China im Jahr 2023 bereits zum achten Mal in Folge Deutschlands wichtigster Handelspartner mit einem Handelsvolumen von über 250 Milliarden Euro (Importe und Exporte). Auch ein Sprung in aktuelle Schlagzeilen zeigt auf, dass sich diese wirtschaftliche Abhängigkeit trotz de-Risking-Ansätzen nur kaum merklich vermindert hat – steckt Deutschland bereits endgültig in der „China-Falle“?

Eine IW-Studie bestätigt, dass bei einigen Produkten - unter anderem bei einigen wichtigen Rohstoffen und bei Grundstoffen für Medikamente - die Abhängigkeit

sogar gestiegen ist. Auch in der Autoindustrie wächst Chinas Einfluss.

Deutschland importierte in der ersten Jahreshälfte im Jahr 2023 deutlich mehr Autos und Motoren aus China – ein Wachstum um unglaubliche 243 Prozent.

Seit mittlerweile 52 Jahre, seit dem 11. Oktober 1972, unterhalten die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik China diplomatische Beziehungen. Jedoch lassen sich bereits erste Kontakte auf das 16. Jahrhundert datieren: Mit der Entdeckung des Seeweges nach Indien durch Vasco da Gama war es zahlreichen Europäern, darunter auch mehreren Deutschen möglich Handelskontakte aber auch christliche Missionen zu begründen.

Charakteristisch für die Zusammenarbeit und das Verständnis einer gegenseitigen Partnerschaft im 17. und 18. Jahrhundert steht der deutsche Philosoph Gottfried

Wilhelm Leibniz, ein Vordenker der Aufklärung. Viele europäische Intellektuelle betrachteten China als eine Kultur, die Europa ebenbürtig und in manchen Bereichen sogar überlegen war und strebten einen wissenschaftlich-kulturellen Austausch zwischen Europa und dem chinesischen Kaiserreich an, der auf gegenseitiger Achtung basieren und beiden Seiten produktiv nutzen sollte."

## Chinas wirtschaftlicher Aufstieg

Nun ein Sprung um knapp 200 Jahre in das 20. Jahrhundert, genauer gesagt in das Jahr 1949: In diesem Jahr gründete sich sowohl am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik China (zu diesem Zeitpunkt als eines der ärmsten Länder der Welt), sowie auch die BRD und die DDR.

Die Gründungsphase der VR China war geprägt von der diktatorischen Politik, der planwirtschaftlichen Bodenreform und der Kulturrevolution des Mao Zedong, Mitbegründer der Kommunistischen Partei und erster Staatspräsident. Als Auftakt des wirtschaftlichen Aufschwungs wird jedoch häufig die Reform- und Öffnungspolitik und die vier marktwirtschaftlichen Modernisierungsmaßnahmen des Deng Xiaoping genannt. Den Landwirten beispielsweise wurde unter anderem durch Pachtverträge Privatbesitz und der teilweise Zugang zu einem Markt mit freier Preisbildung ermöglicht- es konnten nun eigenständig Profite erzielt werden; die Folge davon: steigender Lebensstandard. Das Ergebnis von jener Liberalisierungspolitik: Seit 1993 ist das Mischwesen der sozialistischen Marktwirtschaft in der chinesischen Verfassung festgeschrieben. Auch hier zeigt sich folgende Maxime: der Markt regelt- mehr Kapitalismus wagen! Spätestens im Jahr 2001, mit dem Beitritt Chinas zur WTO und der Marktöffnung für ausländische Firmen kannte das BIP Chinas nur noch einen Weg: nach oben. Auch von der Errichtung der größten Freihandelszone der Welt, der RCEP (deutlich vor der EU), zwischen diversen ASEAN-Staaten und fünf weiteren Staaten des Asien-Pazifik profitierte die Volksrepublik enorm. 30% der Weltwirtschaftsleistung und 28% des Welthandels entfallen auf die Mitgliedsstaaten.

## Sonderverhältnis DDR?

Während die Beziehungen zur westlich geprägten BRD anfangs kaum fruchtbar erschienen (so wurde China beispielswei-

se vorerst von der BRD nicht anerkannt), florierte der Austausch insbesondere auch aus ideologischen Gründen mit der sozialistischen DDR. Die offiziellen diplomatische Beziehungen wurden bereits am 25. Oktober 1949 aufgenommen, der erste Botschafter der DDR in Peking, Johannes König, trat seinen Posten im Juni des Jahres 1950 an – diese exklusive Stellung verlor die DDR jedoch mit dem Beitritt der Volksrepublik Chinas zu den Vereinten Nationen im Jahr 1971.

Einhergehend mit Brands Politik der Annäherung und der folgenden Aufnahme beider deutscher Staaten zu den Vereinten Nationen wurde auch seitens der BRD allmählich der Kontakt zu China gesucht."

## Chinareise des Bundeskanzlers vs. Menschenrechte

"Natürlich haben wir immer auch ein Thema, das sich mit den Menschenrechten verbindet, wo wir unterschiedliche Ansichten haben." Dieser markante Satz geht aus dem Pressestatement von Olaf Scholz während seiner Chinareise im April 2024 hervor; ein aktuelles, politisches Ereignis innerhalb der deutsch- chinesischen Beziehungen. Neben schwerpunktmäßigen Wirtschaftsthemen und dem Klimawandel standen auch geopolitische Herausforderungen wie der russische Krieg gegen die Ukraine und der Nahost-Konflikt auf der Tagesordnung. Trotz der herausragenden Länge der Reise von drei Tagen (so lange hat der Kanzler bisher kein Land besucht), wird sie von zahlreichen Akteuren kritisch eingeordnet: So wurde das Potential des Aufeinandertreffens innerhalb dieser dynamischen Zeiten als sehr hoch beziffert, der Besuch biete eine riesige Chance, die gemeinsamen Sicherheitsinteressen beider Länder zu besprechen und um Lösungen zu ringen. Jedoch tut sich eine Diskrepanz zwischen Erhofftem und tatsächlich Erreichtem auf.

Seit Xi Jinping 2013 die Macht übernommen hat, ist die seit langem kritische Menschenrechtslage in China dramatisch repressiver geworden; sei es bei Unterdrückungen gegen die tibetische und uighurische Bevölkerung oder der Beraubung fundamentaler Freiheitsrechte der Menschen in Hongkong.

Beispielsweise bezeichnet Human Rights Watch den Ansatz aus der China- Strategie, das deutsch-chinesische Verhältnis kritisch zu diskutieren als „reine Worthülse.“ Auch viele weitere Stimmen, beispielsweise Dr. Rainer Adam, Leiter des Taiwan-Büros der

Friedrich-Naumann-Stiftung, forderte und erhoffte sich einen kritischen, werteverteidigenden Scholz.

Nichtsdestotrotz bleibt wohl folgender Satz aus selbigem Statement zukunfts-gültig: Diese Fragen, diese globalen Herausforderungen, werden wir ohne China nicht bewältigen können. Wir können und sollten sie gemeinsam angehen.

Volksrepublik China und Republik China? Einhergehend mit der Ausrufung der chinesischen Volksrepublik im Oktober 1949 und dem damit endenden Bürgerkrieg kommt es zur Flucht von Maos Kontrahenten auf die als heute bekannte Insel Taiwan. Taiwan verwaltet sich fortan selbst unter dem Namen „Republik China“ – es gibt nun zwei chinesische Staaten: zum einen die Volksrepublik, die sich zu einer immer drastischer werdenden Diktatur wandelt, als auch die Republik China (Taiwan), die als Leuchtturm der Demokratie gilt: Sie zählt zu den politisch stabilsten Demokratien Asiens – mit Meinungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit, in manchen Indexen sogar über Deutschland. In Anbetracht des Ein-China- Grundsatzes unterhält auch Deutschland nur inoffizielle, diplomatische Beziehungen im Rahmen der Taipeh-Vertretungen.

## Frühlingsregen ist so kostbar wie Öl

春雨貴如油。- gemeint ist damit, dass man viel Geduld aufbringen und einen langen Atem haben muss, um ein Ziel zu erreichen – so ähnlich kann man dieses chinesische Sprichwort wohl auch auf das zukünftige deutsch-chinesische Verhältnis übertragen."



**TEXT: LUKAS WEBER (18),** ist Abiturient aus Regensburg und beginnt im Oktober sein Jura-Studium. Er ist Vorsitzender der JuLis Regensburg und engagiert sich als stellvertretender Leiter der Asiengruppe im Internationalen Komitee der JuLis, was sein ausgeprägtes Interesse für den asiatischen Raum widerspiegelt. Du erreichst ihn unter: [kontakt.lweber@gmail.com](mailto:kontakt.lweber@gmail.com)

# Unser Einsatz für Demokratie, Menschenrechte und Freihandel weltweit

- die Strukturen dahinter

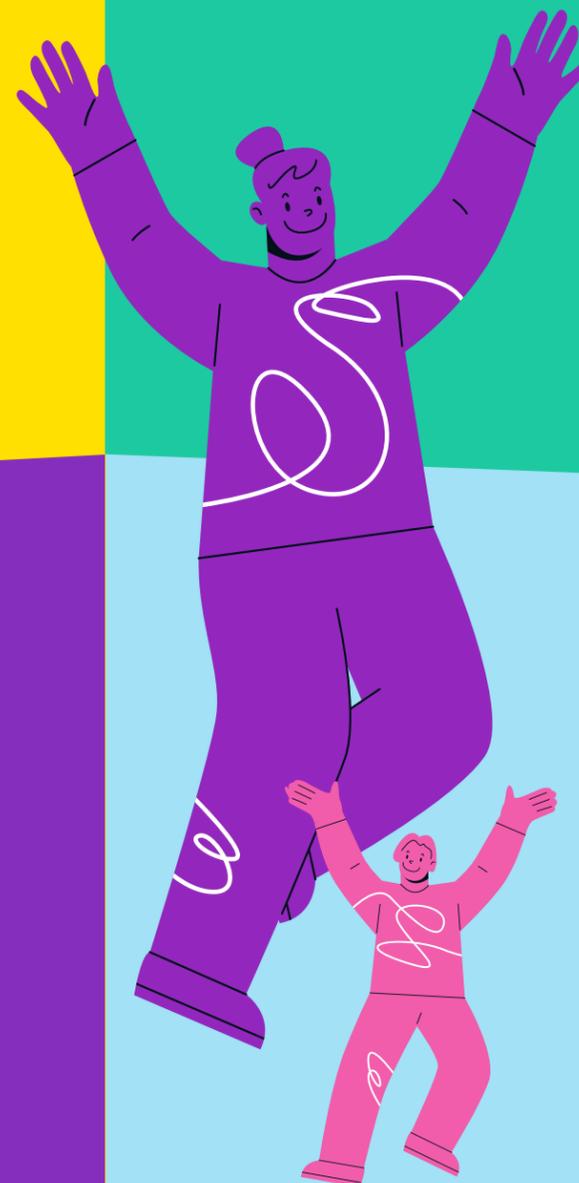
## 1. Internationale Arbeit der JuLis

Die internationale Arbeit unseres Verbands ist für uns JuLis eine Herzensangelegenheit. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Umgang mit dem Systemrivalen China, die Verteidigung Israels Existenzrechts, Angriffe auf die Demokratie in der EU durch Rechtsstaatsfeinde wie Viktor Orban, willkürliche Verhaftungen und Hinrichtungen durch das Mullah-Regime im Iran, Auswirkungen des Klimawandels auf ganze Kontinente - die Liste könnte ewig weitergehen. Wir JuLis wollen nicht zuschauen, sondern anpacken.



## 2. Was ist das Internationale Komitee?

Das Internationale Komitee (kurz: IntKom) bildet das Herzstück unserer internationalen Arbeit und die wichtigste Unterstützung für den International Officer. Mit seinen regionalen Teams baut das IntKom weltweit Partnerschaften auf und aus. Während die programmatische Arbeit der JuLis vom Bundesarbeitskreis Europa & Internationales geprägt wird, arbeitet das IntKom eher organisatorisch und kommunikativ. Egal ob gemeinsame Protestaktionen, Social Media-Kampagnen, Veranstaltungen oder einfach ein regelmäßiger Austausch mit Akteuren vor Ort - ohne unsere Partnerschaften könnten wir unseren Einsatz für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte nicht leisten. Im letzten Jahr haben sich bereits über 150 JuLis in den verschiedenen Teams engagiert. Aus manchen Projekten sind inzwischen jährliche Traditionen geworden, und die Kreativität immer neuer Mitglieder kennt wirklich keine Grenzen. Außerdem wirkt das IntKom in der strategischen Ausrichtung auf der internationalen Ebene mit und ist eng mit den JuLi-Delegationen bei unseren liberalen Dachorganisationen LYMEC und IFLRY vernetzt.



**TEXT: MATS-OLE MARETZKE (25)**, lebt in Wolfsburg und steht kurz vor dem Abschluss des Masterstudiums der Betriebswirtschaftslehre. Beruflich war er sowohl in der Automobilindustrie als auch im Consulting tätig. Neben dem Amt des Kreisvorsitzenden der FDP Wolfsburg ist er als International Officer Mitglied des JuLi Bundesvorstands und vertritt die JuLis im Ausland. Du erreichst ihn unter [maretzke@julis.de](mailto:maretzke@julis.de)

## 3. In welchen Teams kann ich mich engagieren?

Afrika, Asien, EU, MENA, Nordamerika, Osteuropa, Südamerika und Westeuropa.

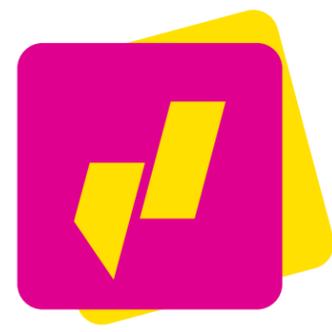
Wenn Du Dich für eine bestimmte Region interessierst und Lust auf die Mitarbeit in einem bestimmten Team hast, kannst Du Dich ganzjährig über eine kurze Mail bei dem jeweiligen Teamleader anmelden. Wir freuen uns auf Dein Engagement!

## 4. Dachorganisationen der JuLis

**LYMEC** wurde 1976 als „Liberal and Radical Youth Movement of the European Community“ gegründet. Inzwischen heißt der Verband zwar „European Liberal Youth“ - doch das Akronym LYMEC ist geblieben. Als Jugendorganisation der ALDE-Party steht LYMEC der Renew Europe Fraktion im Europäischen Parlament nahe. Mit über 50 liberalen Jugendorganisationen inner- und außerhalb der Europäischen Union bündelt und repräsentiert LYMEC junge, liberale Interessen in der europäischen Öffentlichkeit. Aktuell vertritt Dimitra Papadopoulou (Dimi) die JuLis im Bureau von LYMEC. Bei den zweimal im Jahr stattfindenden Kongressen repräsentieren unsere JuLi-Delegierten unsere Beschlusslage.

**IFLRY** steht für „International Federation of Liberal Youth“ und ist unsere weltweite Dachorganisation. Über alle Kontinente hinweg vernetzen sich hier liberale Jugendorganisationen. Normalerweise finden jährlich zwei IFLRY-Generalversammlungen statt, zu der wir eine Delegation entsenden. Dort diskutieren die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsorganisationen über politische Anträge und tauschen Erfahrungen sowie Ideen aus. Über das Jahr hinweg werden zudem diverse Seminare angeboten, an denen natürlich auch JuLis teilnehmen können.

Auf jedem Herbstkongress (nächstes Mal im Oktober in Hildesheim) wählen wir wieder die Delegierten der Jungen Liberalen für unsere Dachorganisationen. Als Teil der JuLi-Delegation wird es Deine Aufgabe sein, die Beschlusslage und Interessen der JuLis zu vertreten.



### Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

### Herausgeber:

Bundesverband Junge Liberale e.V.  
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin  
Telefon: (030) 680 78 55-0  
Telefax: (030) 680 78 55-22  
E-Mail: [info@julis.de](mailto:info@julis.de)

### Chefredaktion (V.i.S.d.P.):

Samuel Kessler ([samuel.kessler@julis.de](mailto:samuel.kessler@julis.de))

AuthorInnen: Sven Benentreu, Celine Eberhardt, Laurenz Frenzel, Mats-Ole Maretzke, Verena Matejka, Skade Niquet, Leon Reimund, Natalia Hannah Rosenbaum, Julius T., Bart Urban, Lukas Weber

Auflage: 11.000 Exemplare  
Gestaltung: Sebastian Ritschel

**Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.** Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet. Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an [samuel.kessler@julis.de](mailto:samuel.kessler@julis.de).

### Bildnachweise

© JuLis/privat, Berlin  
Titelfoto: Adobe Stock  
Illustrationen und Fotos:  
Adobe Stock: S.3 (3), S.4-5 (8), S.6, S.8-9 (2), S.10-11 (2), S.12-13, S.14-15, S.16-17 (6), S.18-19, S.20-21, S.22-23, S.24-25 (2), S.26-27 (2)

Dieses Magazin wird gefördert vom



# WIR SIND DIE MEDIZINISCHER- FORTSCHRITT- VERSICHERUNG.

Die PKV fördert innovative Behandlungsmethoden,  
neue Medikamente und digitale Gesundheitslösungen.  
Das verbessert die medizinische Versorgung für alle.



Mehr Informationen unter:  
[www.pkv.de/besser-für-alle](http://www.pkv.de/besser-für-alle)



Verband der Privaten  
Krankenversicherung